

# HERRSCHAFTSZEITEN

Zeitung der Studienvertretung Politikwissenschaft

Sommersemester 2006

Antonio Salieri (1750-1825) wird oft als unversöhnlicher Widersacher Mozarts dargestellt, manchmal auch mit dessen Tod in Verbindung gebracht. Obwohl es sich dabei eher um Geschichten als um Geschichte handelt – als Kontrapunkt gegen die patriotische Mozarthysterie soll seiner hier gedacht werden.



Inhalt dieser Ausgabe: Bologna: Kurzer Prozess, Widerstand zwecklos | Ein Sowi-Bak für alle? Über das Ergebnis der Zielvereinbarungen | Wie das Sowi-Bakk verhindert werden könnte | Der Vorschlag für ein sozialwissenschaftliches Bakkalaureatsstudium – oder: Grießkoch für alle | Wo bleiben die Männerquoten? Zum Antifeminismus im universitären Bereich | Über die Schwierigkeit, was Vernünftiges zum „Gedankenjahr“ zu schreiben | Freud wird 150! | Ortstafel, Ortstafel am Straßenrand, wer bricht die meisten Minderheitenrechte im ganzen Land? | Jenseits von Bond: Zu den Büchern Eric Amblers | Pinwand | Veranstaltungsreihe: Ideologie- und Religionskritik

# Editorial

Mit dem neuen Semester kommt auch eine neue Ausgabe der Herrschaftszeiten, denn die Verhältnisse sind immer noch so, dass dieser Ausruf einem unwillkürlich entfährt. Nicht nur, aber auch an der Universität Wien.

Den neuesten Entwicklungen in der Transformation der Universitäten hin zu Bolognastruktur nebst deren Kritik sind einige Artikel gewidmet. Einer setzt sich mit den Auswirkungen der neuen Phase des Bolognaprozesses auf die Uni Wien auseinander, andere mit den Problemen bei der Umstellung auf dreistufige Studienpläne und damit auf das Bakkalaureat. Im universitären Bereich widmen wir uns aber nicht nur den Veränderungen der Studienpläne, sondern auch antifeministischen Tendenzen, denen man im Raum Universität immer und immer wieder begegnet. Aber auch abseits der Universität gibt es genug zu kritisieren. Dem Anspruch der Studienvertretung gemäß, mehr als nur reine Universitätspolitik zu betrei-

ben, beschäftigen sich einige Artikel mit anderen gesellschaftspolitisch relevanten Themen. So beleuchten zwei Artikel das sich häufende Phänomen, jedes Jahr zu einem Jubiläums-Jahr irgendeiner Art zu erklären. Der eine analysiert in einem rückblickenden Erlebnisbericht die identitätsstiftende Wirkung des verflossenen „Gedankenjahrs“, der andere versucht auf einen Gesellschaftskritiker hinzuweisen, der in der diesjährigen allgemeinen Mozarteuphorie unterzugehen droht: Sigmund Freud. Ebenfalls mit Identitätsstiftung beschäftigt sich der Artikel über den immer noch andauernden und groteske Blüten treibenden Ortstafelstreit. Zu guter Letzt gibt es wieder eine Buchbesprechung, diesmal werden – passend

zum Studium der Politikwissenschaft – die Agentenromane Eric Amblers untersucht.

Eine interessante und kurzweilige Lektüre und ein ebensolches Semester wünscht Euch

Eure  
Studienvertretung Politikwissenschaft

# Inhalt

Bologna: Kurzer Prozess, Widerstand zwecklos ..... 3  
 Ein Sowi-Bak für alle? Über das Ergebnis der Zielvereinbarungen ..... 4  
 Wie das Sowi-Bakk verhindert werden könnte ..... 4  
 Der Vorschlag für ein sozialwissenschaftliches Bakkalaureatsstudium – oder: Grießkoch für alle ..... 5  
 Wo bleiben die Männerquoten? Zum Antifeminismus im universitären Bereich ..... 6  
 Über die Schwierigkeit, was Vernünftiges zum „Gedankenjahr“ zu schreiben ..... 7  
 Freud wird 150! ..... 8  
 Ortstafel, Ortstafel am Straßenrand, wer bricht die meisten Minderheitenrechte im ganzen Land? ..... 9  
 Jenseits von Bond: Zu den Büchern Eric Amblers ..... 10  
 Pinwand ..... 11  
 Veranstaltungsreihe: Ideologie- und Religionskritik ..... 15

**Beratung:**

Montag 16-19 h, Mittwoch 11-14 h  
 im Kommunikationszentrum der StV (KOZ)  
 am Institut, Zimmer 221

**Kontakt:**

Mail: [stvpowi@oeh.univie.ac.at](mailto:stvpowi@oeh.univie.ac.at)  
 Tel: +431 4277/47709 (zu den Beratungszeiten)  
 Web: [www.univie.ac.at/politikwissenschaft/strv](http://www.univie.ac.at/politikwissenschaft/strv)

Impressum: HochschülerInnenschaft an der Universität Wien  
 Spitalgasse 2, Hof I, 1090 Wien  
 Studienvertretung Politikwissenschaft  
 Universitätsstraße 7/2, Stock, Zi. A221, 1010 Wien



# Bologna: Kurzer Prozess, Widerstand zwecklos

Seit Dezember steht es fest: Das Bakkalaureat der Politikwissenschaft/Sozialwissenschaften kommt erst 2007. Während viele andere Studienrichtungen (z.B. Wirtschaftswissenschaften, Sportwissenschaften) schon 2006 auf die Bakkalaureat-Master-Struktur umstellen sollen, wird an der Fakultät für Sozialwissenschaften erst im Wintersemester 2007 der Startschuss für die Bakkalaureatsstudien fallen.

Der Entwicklungsplan der Universität Wien, der vom Rektorat vorgelegt wurde, sieht vor, dass bis zum Wintersemester 2008/2009 alle Studien der Universität Wien auf die Bolognastruktur (ein 3-jähriges Bakkalaureat + ein 2-jähriges Masterstudium) umgestellt sein sollen. Ein beachtliches Vorhaben, gibt es doch aus den Reihen zahlreicher Fakultäten große Widerstände. Weder die rechtswissenschaftliche Fakultät, noch die Psychologie und die Pharmazie sind für die Einführung des Bakkalaureats zu begeistern. Alle drei Studien bilden für konkrete Berufe aus (AnwältInnen/PsychologInnen/ApothekerInnen), wofür laut Gesetzeslage ein vier- oder gar fünfjähriges Studium als Voraussetzung gilt. Die Lehramtstudien sind sogar per Gesetz von der Umstellung auf die Bolognastruktur ausgenommen, doch auch hier beschäftigen sich Arbeitsgruppen landesweit mit der Erstellung von Konzepten auf deren Grundlage das Gesetz geändert und auf Bakkalaureate und Masterstudien umgestellt werden kann. Studierende, die ein Magisterstudium studieren, scheinen nun endgültig zu den Auslaufmodellen zu gehören.

Zu den wenigen Studienrichtungen, die sich auch aus anderen Gründen als der wirtschaftlichen Unverwertbarkeit ihrer BakkalaureatsabsolventInnen inspe gegen den Bolognaprozess stellen, zählen die Theaterwissenschaft und die Philosophie. „Soweit ersichtlich“, so Professor Liessmann, Studienprogrammleiter der Philosophie, „spielten bei der Erstellung des Lehrentwicklungsplans Gründe, die auf die Eigenart, Systematik und Dynamik einer Wissenschaft eingehen, keine Rolle. Dass ein Studium auch nach den Gesichtspunkten der inneren Systematik einer Wissenschaft aufgebaut werden muss und dass diese Systematik nicht

bei allen Wissenschaften gleich ist, scheint man vergessen zu haben. Berauscht von gut klingenden Modewörtern wie Modularisierung, Effizienz, Kostenneutralität, Studienzeitverkürzung und Beschäftigungsfähigkeit, die nun zu den alleinigen Kriterien für die Ausrichtung von Studien erhoben worden sind, hat man übersehen, dass es an einer Universität, was ihr Lehrangebot betrifft, in erster Linie um die Vermittlung von Wissenschaften geht.“ In Bezug auf die Magisterstudien kritisiert Liessmann, dass „schon jetzt darüber spekuliert werden muss, wie viel Studierende dafür in Frage kommen

gegenüber als strategisch relevant?“ Eine Sicht, die, auch wenn sich über die Unterschiede zwischen realexistierendem Sozialismus und Kommunismus streiten ließe, durchaus etwas für sich hat. Die Universität bezeichnet Liessmann als „Kompetenzdschungel, in dem offenbar Willkür, der Zufall und die Gunst des Augenblicks regieren“, während sich das Rektorenteam als „Qualitätsmanager einer Qualitätsinstitution“ zu profilieren versucht.

Woher kommt also die offensichtliche Bereitschaft einiger anderer Studienrichtungen den Bolognaprozess mitzumachen? Die Antwort lässt sich wie so oft auf ein Wort reduzieren: Geld. Über das Budget verfügt das Bundesministerium, das im Sinne der Vereuropäisierung und Verbetriebswirtschaftlichung der Bildung eine österreichweite Umstrukturierung aller Studien anstrebt. Zwischen dem Ministerium und den Rektoren (es sind ja leider in Österreich nur Männer) werden die Budgets für die Universitäten ausgehandelt. Jene Rektoren, die dem Bundesministerium in Aussicht stellen, dass die Universität den Wünschen



und welche Berufschancen sie vorfinden werden – und das in Zeiten, in denen ständig die Dynamik sich rasch ändernder (Arbeits)märkte wortreich beschworen wird. Gegenüber solchen Planungsansinnen war die kommunistische Plan- und Kommandowirtschaft ja geradezu ein Hort liberaler Weltdeutung.

In der Realität führen solche Vorgaben aber genau zu dem, was als Defizit jeder Planwirtschaft seit langem bekannt ist: die Zahlen, Angaben und Prognosen, mit denen jongliert wird, entfernen sich immer mehr von der Realität und werden einzig nach einem einzigen Gesichtspunkt justiert: erscheinen sie der Universitätsleitung

des Ministeriums entsprechen werde, dürfen sich über einen Budgetzuwachs freuen. Allerdings, so scheint es, wird dieses „Mehr“ an Budget nicht an die Studienrichtungen weitergegeben. Immer wieder mahnt das Rektorat zur „Kostenneutralität“ bei der Implementierung der Bolognastruktur. Den Gehorsam – und damit die Einführung der Bolognastruktur – erzwingt das Rektorat nicht, wie man annehmen würde, indem zusätzliche finanzielle Mittel zugesagt werden, sondern indem mit Budgetkürzungen gedroht wird. Und da es sich kaum eine Studienrichtung leisten kann statt ‚zu wenig Geld‘ noch weniger Geld zu bekommen, machen alle mit. Fast alle. ★

# Ein Sowi-Bak für alle?

## Über das Ergebnis der Zielvereinbarungen

Mit Spannung wurde das Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) erwartet. Schließlich wurde die Republik Österreich am 7. Juli wegen Ungleichbehandlung europäischer BürgerInnen in Sachen Zulassung zum Studium verurteilt. Österreichische MaturantInnen wurden nämlich unmittelbar zum Studium ihrer Wahl zugelassen, während potenzielle StudienanfängerInnen aus anderen EU-Staaten erst nachweisen mussten, dass sie in ihrem Heimatland über einen Studienplatz verfügten.

Anfang Dezember 2005 fanden Zielvereinbarungsgespräche zwischen dem Dekan der Sozialwissenschaftlichen Fakultät (Rudolf Richter), in Begleitung der VizedekanInnen, und dem Rektor (Georg Winckler) statt. In diesen jährlich stattfindenden Verhandlungen einigen sich Dekan und Rektor auf Zielvorstellungen bezüglich der Weiterentwicklung der Fakultät und legen den dafür notwendigen budgetären Rahmen fest. In Bezug auf die Umstellung auf Bakkalaureatsstudien wurde im Zuge dieser Zielvereinbarungsgespräche folgende Bestimmung festgelegt:

*Über die Zahl der Bakkalaureatsstudien in den Sozialwissenschaften werden zum derzeitigen Zeitpunkt keine Vereinbarungen getroffen. Das Rektorat und die Fakultät empfehlen jedenfalls die Einrichtung einer gemeinsamen Curricular-Arbeitsgruppe für neu einzurichtende Bakkalaureatsstudien. Die Studienprogramme sollen mit dem Beginn des Studienjahres 2007/08 in Kraft treten.*

*Neu eingerichtete sozialwissenschaftliche Bakkalaureatsstudien sollen als Ausgangspunkt einer Diskussion eine gemeinsame Phase (gemeinsame Teile der Studieneingangsphase, gemeinsame Methoden-Module und Service-Module aus anderen Wissenschaftsbereichen) in einem Umfang von 75 bis 90 ECTS-Anrechnungspunkten beinhalten.*

Es wird in den Zielvereinbarungen nicht von einem einheitlichen sozialwissenschaftlichen Bakkalaureatsstudium gesprochen, obwohl bekannt ist, dass sowohl Rektor als auch Dekan starke Befürworter dieses einheitlichen Studiums sind. Angehörige der Studienrichtungsvertretungen der sozialwissenschaftlichen Fakultät befürchten allerdings, Rektor Winckler wolle der Fakultät nur nicht gleich das gemeinsame Sowi-Bak vorschreiben, weil es zu diesem Zeitpunkt zu großen Widerstand dagegen geben würde. Also tut man so, als sei die Entwicklung noch offen und versucht vorzuschreiben, dass nur eine Arbeitsgruppe eingesetzt werden soll, um an einem Studienplan zu arbeiten, während man davon ausgeht, dass diese

Vorgangsweise in einem gemeinsamen Bakkalaureat resultieren werde. Für diese Vermutung spricht auch eine Passage, die der Zusammenfassung der Zielvereinbarungen mit der Fakultät für Psychologie zu entnehmen ist:

*Das Studienangebot in Form eines Bakkalaureatsstudiums Psychologie oder im Rahmen eines gemeinsamen sozialwissenschaftlichen Bakkalaureatsstudiums ist zu diskutieren.*

„Wir stellen fest, dass die Tatsache, dass sich die drei Studienrichtungen Politikwissenschaft, Soziologie und Kultur & Sozialanthropologie (Ethnologie), die in einem solchen gemeinsamen Bakkalaureatsstudium verschmelzen würden, bereits seit geraumer Zeit gegen ein solches „all in one“-Studium ausgesprochen haben, von den oberen

Ebenen der Universität ignoriert oder jedenfalls nicht akzeptiert wird,“ so die Studienvertretung Politikwissenschaft. Bereits im Sommersemester 2005 war von Seiten der drei Studienkonferenzen und Studienprogrammleiter der Soziologie, Kultur- und Sozialanthropologie (Ethnologie) und Politikwissenschaft bekannt gegeben worden, dass alle drei Studienrichtungen „eigene“, das heißt fachspezifische Bakkalaureate und darauf aufbauende Magisterstudien einführen wollten. Die Soziologie hatte bereits einen Studienplan eingereicht, der von Senat und Rektorat mit der Begründung zurückgewiesen wurde, man wolle erst abwarten in welche Richtung die Studienplanentwicklung an der gesamten Fakultät gehen würde, bevor man einzelne Studienpläne beschließe. ★

## Wie das Sowi-Bak verhindert werden könnte

Ein gemeinsames Bakkalaureatsstudium der sozialwissenschaftlichen Fakultät kann dann nicht zustande kommen, wenn kein Studienplan für ein solches Einheitsstudium entworfen und eingereicht wird. Studienpläne werden von Arbeitsgruppen erstellt, in denen StudierendenvertreterInnen, Mittelbauangehörige und ProfessorInnen zu je einem Drittel vertreten sind. Diese Arbeitsgruppen können nur auf Antrag der StudienprogrammleiterInnen (SPLs) oder der Studienkonferenzen (Studkons) eingesetzt werden. Die SPLs und die Studkons aller Studienrichtungen, die von einem gemeinsamen sozialwissenschaftlichen Bakkalaureat betroffen wären, sprachen sich jedoch gegen ein einheitliches Studium aus. Es ist daher aus derzeitiger Sicht sehr unwahrscheinlich, dass irjemand die Einsetzung einer Arbeitsgruppe beantragen wird. Sollte das dennoch geschehen, dann kann die eingesetzte Arbeitsgruppe immer noch beschließen, keinen Studienplan für ein Sowi-Bak zu entwerfen – was vermutlich auch geschehen würde, da außer dem Rektor und dem Dekan niemand

das Sowi-Bak will. Hingegen können die Studienkonferenzen bzw. die SPLs einen Antrag auf Einsetzung einer Arbeitsgruppe stellen, um einen fachspezifischen Studienplan zu entwickeln. Die Studienkonferenz der Politikwissenschaft hat auf Antrag der StudierendenvertreterInnen einen entsprechenden Beschluss in ihrer Sitzung im Jänner gefasst: Es wurde ein Antrag auf Einsetzung einer Arbeitsgruppe gestellt, die ein Bakkalaureats- und ein Masterstudium der Politikwissenschaft entwickeln soll. Wie der Konflikt um das Sowi-Bak nun weitergehen wird, ist schwer abzuschätzen. Weder Rektor, noch Dekan verfügen jedoch über die Kompetenzen, das Sowi-Bak ohne Mitwirkung der Studienrichtungen durchzusetzen. Von dieser Mitwirkung fehlt derzeit jede Spur. Die Mitglieder der Studienvertretung Politikwissenschaft kommentieren: „Wir sind optimistisch, dass es uns gemeinsam mit dem Mittelbau und den ProfessorInnen und in Zusammenarbeit mit den SPLs gelingen wird, das gemeinsame sozialwissenschaftliche Bakkalaureat zu verhindern.“ ★

# Der Vorschlag für ein sozialwissenschaftliches Bakkalaureatsstudium – oder: Grießkoch für alle

In den Zielvereinbarungsgesprächen zwischen Dekan und Rektor wurde vereinbart, dass bei der Studienplanung für die neuen Bakkalaureatsstudien oder das neue Bakkalaureatsstudium der Fakultät für Sozialwissenschaften von einer für alle Studierenden einheitlichen Studienphase von 75-90 ECTS-Punkten ausgegangen werden sollte.

75-90 ECTS-Punkte sind etwa die Hälfte eines Bakkalaureats, anders formuliert: 3 von 6 Semestern (in Mindeststudienzeit gesprochen). Wir haben den Dekan gefragt, wie so ein Studium aussehen sollte; Sein Vorschlag:

- Ein Semester (30 ECTS-Punkte) Studieneingangsphase (Einführungsvorlesungen und Powi, Soziologie und Ethno für alle Studierenden verpflichtend + Techniken des wissenschaftlichen Arbeitens)
- 30 ECTS-Punkte Methodenlehre (qualitative, quantitative Methoden und Statistik, Mathematik – eine kleine Bemerkung am Rande: 30 ECTS-Punkte entsprechen etwa 6 Proseminaren oder 10 Vorlesungen).
- 30 ECTS-Punkte Grundlagenfächer etwa aus Ökonomie, Recht, ...

Die 90 verbleibenden ECTS-Punkte würden dann mit fachspezifischen (politikwissenschaftlichen) Fächern aufgefüllt. Das Resultat wäre ein sozialwissenschaftlicher Bakkalaureatsabschluss mit Schwerpunktbildung Politikwissenschaft. Es wird auch

laut darüber nachgedacht, zusätzlich die Publizistik und Kommunikationswissenschaft in das Studium einzugliedern. Alle vier Studienrichtungen zusammengenommen haben pro Wintersemester etwa 2400 StudienanfängerInnen, die dann alle das gleiche Studium mit anderen Schwerpunkt-



"I'm sorry Luke but we have to stick to the National Curriculum."

setzungen studierend würden. Das Hauptargument des Dekans, weshalb er sich hinter das gemeinsame Bakkalaureat stellt: Es würde die „Employa-

bility“ (Beschäftigungsfähigkeit) der BakkalaureatsabsolventInnen erhöhen. Die Studienvertretungen halten dieses Argument für wenig nachvollziehbar: „Den 2400 AbsolventInnen desselben Studiums pro Semester wünschen wir viel Spaß beim Jobsuchen. Scherz beiseite: abgesehen von der inhaltlichen Einschränkung, die so ein Programm für die Studierenden bedeuten würde (kaum noch Wahlmöglichkeiten, hingegen bekommt man massenhaft Methoden und Einführungen aufgezungen), können wir uns auch nicht vorstellen, wie es die drei, oder sogar vier Studienrichtungen schaffen sollten, sich auf gemeinsame Studieninhalte in einem solchen Umfang zu verständigen. Schon bei der Methodenlehre scheiterten unsere Versuche große Übereinstimmungen zu suchen, stehen doch bei der Kultur- und Sozialanthropologie qualitative Feldstudien im Vordergrund, während die Soziologie der Erfassung und Auswertung quantitativer Daten besondere Bedeutung zuspricht.“

Von Seiten der SoziologInnen wird beklagt, dass Methodenlehre im Umfang von 30 ECTS-Punkten viel zu wenig wäre, für die Politikwissenschaft würde das hingegen eine Verdreifachung der Methodenausbildung bedeuten (im Masterstudium wären zusätzliche LVs aus Methodenlehre zu absolvieren). Die politikwissenschaftlichen Inhalte, die im Rahmen eines solchen Bakkalaureatsstudiums vermittelt werden könnten, würden sich auf drei Semester (90 ECTS-Punkte) beschränken. „Über das Grundlagenwissen würde niemand im Studium mehr hinauskommen und die Möglichkeit, zwischen spannenden Spezialisierungs- oder Wahlpflichtfachmodulen je nach persönlicher Interessenslage zu wählen, würde wegfallen. Kurz: Wir sind dagegen und fordern ein eigenes politikwissenschaftliches Bakkalaureatsstudium!“, so die Studienvertretung Politikwissenschaft. ★

## Sag uns deine Meinung!

Was hältst du vom Sowi-Bak? Wie könnte ein neuer Studienplan für ein Bakkalaureatsstudium und ein Masterstudium aussehen? Welche Inhalte sollten in den neuen Studienplan Eingang finden; wovon lernen Studierende zuviel/zuwenig im derzeitigen Studium und was könnte alles verbessert werden? Wir freuen uns über Anregungen und Ideen. Schick uns ein Mail an [stv.powi@oeh.univie.ac.at](mailto:stv.powi@oeh.univie.ac.at) oder komm vorbei beim offenen Plenum am Montag um 19:30 im KOZ (Zi.A221).

**digiDruck**  
**die KOPIE**  
 mehr Service bessere Preise

# Wo bleiben die Männerquoten?

## Zum Antifeminismus im universitären Bereich

Wie männerfeindlich denn der Feminismus wäre, wollte ein, wie könnte es auch anders sein, männlicher Besucher der Veranstaltungsreihe „Grundlagen der Gesellschaftskritik“ in der an den Vortrag „Kritik der Kategorie Geschlecht. Perspektiven feministischer Theorie“ anschließenden Diskussion wissen. Scheint die vorliegende Frage seit den Anfängen des Feminismus als Vorwurf altbekannt zu sein, wird sie jedoch in Zeiten der „Gender Studies“ vor allem im universitären Bereich neu kontextualisiert.

Trotz der weitgehenden Anerkennung von klassischen Unterdrückungsmechanismen, die zur Konstruktion der gesellschaftlichen Stellung von Frauen beitragen, wird „dem Feminismus“<sup>1</sup> bis heute eine gewisse Misandrie bzw. Männerfeindlichkeit vorgeworfen. Im Gegensatz zur Misogynie, welche eine krankhafte Abneigung von Männern gegenüber Frauen beschreibt, zielen antifeministische Anliegen heute wieder zunehmend darauf ab, mit Schlagwörtern wie „Frauenlobbying“ Protest gegen eine angebliche Diskriminierung von Männern durch Frauenquoten und dergleichen zum Ausdruck zu bringen. Unter dem Vorwand, eine Gleichstellung anzustreben, die beide Geschlechter gleichermaßen berücksichtigen würde, geht es in Wirklichkeit um nichts anderes als darum, der politischen Einflussnahme feministischer Anliegen wirksam entgegenzutreten und die marginalen Errungenschaften im institutionellen Bereich<sup>2</sup> zu degradieren. Auf Kosten der Förderung der politischen, gesellschaftlichen, sozialen und rechtlichen Stellung von Frauen wird feministische Kritik auf diese Weise als die „ideologische Verblendung“ abgetan, die letztendlich nichts anderes im Sinn habe, so das antifeministische Diktum, als Männer zu benachteiligen.

Die Universität samt ihrer hierarchischen Strukturen und exkludierenden Wissensproduktion stellt wahrlich keinen allzu neuen Bereich feministischer Kritik dar, zumal so genanntes „Herrschaftswissen“ sowie die männerbündischen Strukturen der Universität seit geraumer Zeit von Feministinnen in Frage gestellt werden. Doch gerade die-

se Auseinandersetzungen treten heute zu Gunsten von „Gender Mainstreaming“ als Ausdruck des institutionalisierten Feminismus wieder zunehmend in den Hintergrund. Zu registrieren ist zwar die Tatsache, dass sich in den letzten Jahren ein steigender Einfluss der Gender-Thematik in einer Akademisierung des Feminismus durch die „Gender Studies“ bemerkbar machen konnte. Gleichzeitig dient genau diese Herangehensweise erneut dazu, feministische Anliegen zu entschärfen und in den Hintergrund zu drängen. Obwohl die abgemilderte Variante der Auseinandersetzung mit den Implikationen des Geschlechterverhältnisses Männern den Zugang nicht nur erleichtert, sondern sich sogar zunehmendes Interesse bei den biologisch-männlichen Studierenden verzeichnen lässt, bieten auch die Gender Studies einen nicht unbedeutenden Nährboden für die Fortsetzung antifeministischer Praxen. So lassen sich im universitären Umfeld, trotz einzelner Verbesserungen wie Frauenförderungs- und Gleichstellungsprogrammen sowie dem steigenden Interesse an der Thematisierung von Geschlechterverhältnissen, bis heute Argumentationen finden, deren vermeintliche Kritik gegenwärtiger Entwicklungen weniger darauf abzielt, den Verlust radikal feministischer Anliegen zu bedauern als die zunehmende Bedrohung männlich dominierter Machtstrukturen. Die Umsetzung von feministischen Anliegen in universitären Strukturen sieht sich darüber hinaus nach wie vor mit männlichen Eliten konfrontiert, an deren Aufrechterhaltung so mancher auf Kosten einer realen Geschlechtergleichstellung

interessiert scheint. Doch nicht nur im strukturellen Bereich, sondern auch in der Praxis des Lehrbetriebs lassen sich Haltungen und Tendenzen von Seiten der Studierenden wie Lehrenden festmachen, die aus dem gesellschaftlich verankerten Antifeminismus in seinen unterschiedlichen Erscheinungsformen resultieren. Dass Lehrveranstaltungen, die sich in irgendeiner Form mit dem Geschlechterverhältnis auseinandersetzen in erster Linie von Frauen abgehalten und besucht werden, ist demnach nicht ausschließlich auf den Themenbereich zurückzuführen, sondern geht letztendlich aus der Haltung hervor, mit der Studierende wie Lehrende der Thematik entgegneten. Die bis heute anhaltende kategorische Ablehnung einzelner, das Geschlechterverhältnis in der Analyse anderer gesellschaftlich relevanter Themen zu berücksichtigen oder – ausgehend von der Betonung, sich dem Diktat der Geschlechterforschung fügen zu müssen – die widerwillige Einarbeitung geschlechterrelevanter Themen in den Lehrplan, ist letztendlich ebenso als Ausdruck einer antifeministischen Gesinnung zu verstehen wie die Weigerung, sich geschlechtsneutrale Formen anzueignen. So scheint es kaum verwunderlich, dass auch im universitären Bereich bis heute durch die Ablehnung einer – wenn auch meist untergeordneten, marginalen – Inklusion von Frauen eine vermeintliche Kritik an der imaginierten überproportionalen Bevorteilung von Frauen an den Tag gelegt wird, die jeglicher realen Grundlage entbehrt. Insbesondere durch die deutschsprachige Bezeichnung der Studienrichtung „Frauen- und Geschlechterforschung“ sieht sich vor allem die männliche Klientel immer wieder dazu berufen, die „einseitige Konzentration“ auf die Geschlechterrolle der Frau zu betonen und in weiterer Folge die Anliegen der Kolleginnen oftmals für obsolet zu erklären. Hinter dem Ruf nach Männerquoten verbirgt sich demnach ►

1) „Feminismus“ begrifflich zu fassen scheint heute angesichts der „vielfältigen Feminismen“ und der Pluralität und Unübersichtlichkeit der Strömungen, die sich in feministischen Debatten engagieren, zunehmend mit Schwierigkeiten verbunden. Demnach kann von „dem Feminismus“ im Singular kaum noch gesprochen werden, wengleich auch die angesprochene, vermeintliche Kritik an feministischen Anliegen kaum bis gar nicht zu differenzieren vermag.

2) Dass die Institutionalisierung feministischer Anliegen, welche im „Staatsfeminismus“ oder „Berufsfeminismus“ ihre bürokratisch verwaltete Umsetzung findet, weder als Ziel einer radikalen Infragestellung patriarchaler Gesellschaftsstrukturen gilt und natürlich auch in feministischen Kreisen weitgehend auf Kritik stößt, sei in diesem Zusammenhang nur angemerkt.

# Über die Schwierigkeit, was Vernünftiges zum „Gedankenjahr“ zu schreiben

Kritik stößt oft an Grenzen, wenn es gilt eine Sache zu kritisieren. Es gibt Dinge, die nicht vernünftig kritisiert werden können.

Das „Gedankenjahr“ 2005 ist so eine Sache: wenn die Positionierung darin besteht, sich nicht explizit zu positionieren, sondern „einfach nur zu erinnern“, wobei dieses „einfache Erinnern“ auf eine Wiederbelebung und Reproduktion von schon bekannten Mythen und Geschichten, oder Erzählungen von der Not während des Kriegs und nach dem Krieg hinausläuft, ist das Resultat eine nostalgisch verklärte, auf die Versöhnung – d.h. das Vergessen fördernde – orientierte, leicht verdauliche Erinnerung light.

„Wir wollen so bleiben, wie wir sind.“

Die hochoffizielle und durch die Abwesenheit staatlicher WürdenträgerInnen zwar ins Zivilgesellschaftliche ableitende, dennoch oder gerade deswegen nicht weniger furchtbare Eventreihe „25 Peaces“ glänzte teils durch solche Banalität, dass man sich einerseits nicht bemüßigt fühlte, Kritik daran zu üben, andererseits gelang es

nicht nur die Aberkennung der gesellschaftlichen wie politischen Relevanz feministischer Anliegen, sondern vor allem auch die eigennützige Hochstilierung von Männern als „Opfern“ feministischer Kritik, welche mit Diskriminierung gleichgesetzt wird und nicht zuletzt Grundlage dafür bietet, sich nicht mit dem Geschlechterverhältnis auseinandersetzen zu müssen. Dass es den selben Menschen auch möglich ist, eine universitäre Laufbahn abzuschließen, ohne sich gendersensibles Wissen angeeignet zu haben, ist wahrlich ein großes Manko der Studienpläne, da bis heute eine obligatorische Absolvierung von Lehrveranstaltungen, die sich mit dem Geschlechterverhältnis auseinandersetzen, in den Lehrplänen nicht vorgesehen ist. Ob eine Änderung dieser Studienpläne antifeministischen Tendenzen gänzlich entgegenwirken könnte, bleibt fraglich. ★

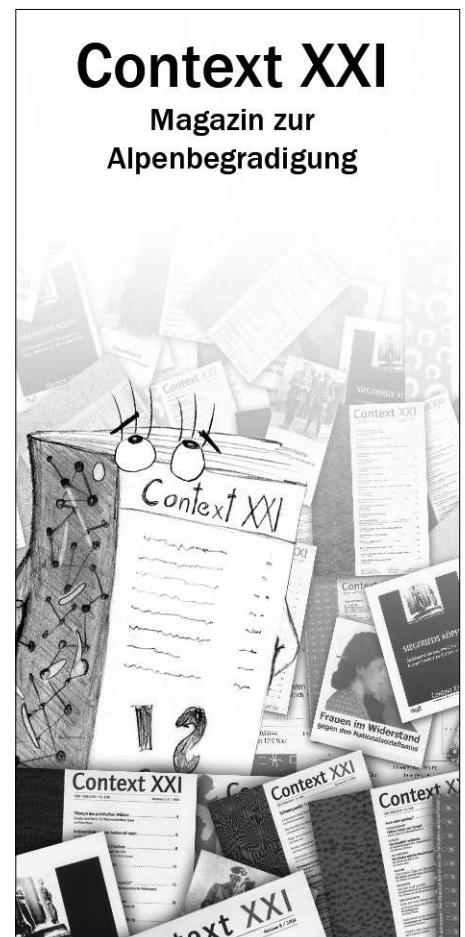
den InitiatorInnen dennoch, Wirkung auszuüben. Sprachlosigkeit macht sich angesichts der scheinbaren Inhaltslosigkeit der Eventreihe breit, die trotzdem Inhalte transportiert. Dennoch oder gerade deswegen zählen wir nur ein paar Projekte auf und versuchen am Beispiel eines bestimmten Projektes dann doch Kritik an Inhalt und Form dieser Art des Erinnerns zu üben.

Mal ehrlich, wer nimmt schon Menschen ernst, die sich auf nachgebaute lächerliche Balkone in allen neun Landeshauptstädten stellen, um dann am Jahrestag der Unterzeichnung des Staatsvertrages der anwesenden Öffentlichkeit mehr oder weniger pathetisch „Österreich ist frei“ zuzurufen?<sup>1</sup> Was kann oder soll man von einem Autobahntransparent halten, welches in Anlehnung an die alliierten Besatzungszonen, „you are now leaving the ... sector“ verkündet und sonst nichts? Wieso wird der Rasen vor dem Belvedere plötzlich nicht mehr mit dem Rasenmäher gemäht, sondern müssen dazu Kühe angeschleppt werden? Was soll man von Menschen halten, die sich die Mühe antun, den ganzen Sommer über in der Hitze auf einer kleinen Parzelle am Heldenplatz ein wenig Gemüse mit ordentlichem Blut- und Bodengehalt zu ziehen und dann zu ernten? Rückenschmerzen und schmutzige Hände inklusive, nur für ein bisschen persönliche Erinnerungsarbeit? Alles für ein wenig Gemeinschaftsgefühl, das durch einen lächerlich „authentischen“ Gartenzaun erzeugt wird?

## Identitätsstiftung im Schrebergarten

Notwendig für die Bildung einer Gemeinschaft ist die Stiftung von kollektiver Identität. Sowohl durch Einschluss als auch Ausschluss anhand immergleicher Kategorien, unter anderem und vor allem Nation. Identitätsstiftung stand auch im Zentrum von „25 Peaces“.

Am 8. Mai 2005, bekanntlich der sechzigste Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus, wurde am Wiener Heldenplatz im Rahmen der Eventreihe das Projekt „Beackert“ gestartet, denn, so die Initiatoren auf der Pressekonferenz im Jänner, „nach dem Krieg war der Kampf ums Überleben nicht vorbei: Er begann erst richtig.“<sup>2</sup> Ein kleiner Teil des Heldenplatzes war in Anlehnung an den Anbau von Gemüse in der unmittelbaren Nachkriegszeit in einen Acker umgewandelt worden, auf dem mittels Losverfahren ausgewählte Personen mittels Bearbeitens einer Parzelle und Erntens von ein wenig Gemüse den ganzen Sommer hindurch ihre ganz persönliche Erinnerungsarbeit leisten konnten. „Das Projekt soll an diese Zeiten ärgster Not, an den Überlebenskampf der Überlebenden erinnern.“<sup>3</sup>



► Fortsetzung von Seite 7

Der Verlauf des Projektes zeigt, dass staatliche Inszenierung nicht mehr unbedingt notwendig ist, sondern es genügt, Menschen, die ausgewählt wurden, in einem durch Regeln und bauliche Maßnahmen, in diesem Fall einen Gartenzaun, definierten Raum – mit dem Hintergrund des Erinnerns – zusammenzuführen. Schon einen Tag später, am 9. Mai, war ein Wir-Gefühl konstruiert und die Welt der ParzellenbesitzerInnen einmal mehr in ein Innen und ein Außen aufgeteilt.<sup>4</sup> Aber es wäre kein österreichisches Innen, wenn nicht auch im Inneren dieses hochsubventionierten temporären Schrebergartens selbst Grenzen gezogen werden, Konformität gefordert und Nichtkonformität sanktioniert wird. Wer z.B.

und sei es nur das Nichtanbauen von ein wenig Gemüse, auf den Plan trat: der Blockwart. Im Fall des Projekts am Heldenplatz ein älterer stattlicher Herr in schwarzer Lederjacke, der jeden Verstoß gegen die Gartenordnung fotografisch dokumentierte und an die Projektleitung weiterleitete, die diesen Verstoß, so er nicht rückgängig gemacht wird, schließlich mit Rauswurf ahndete. Solange diese Autorität nicht hinterfragt wird, herrscht ein durchaus amikales Verhältnis zwischen den einzelnen Mitgliedern und jenem besagten Blockwart, der sich mit demonstrativer Jovialität die – ohnehin vorhandene – Loyalität des Kollektivs sichert. In weiterer Folge wurde das ursprünglich von Regeln ideell geleite-

noch die Opferthese, so erlebte der Opfermythos spätestens mit der Inszenierung des „Gedankenjahres“ eine Transformation, vom ersten Opfer zum Kriegsoffer. Dass der Verweis auf den Opferstatus Österreichs im Zuge des „Anschlusses“ sich als problematisch erweist, ist mittlerweile common sense<sup>5</sup>. Der Opfermythos wird auf die gesellschaftliche Ebene transformiert, und Österreich ist nicht mehr „Opfer des Nationalsozialismus“ sondern die ÖsterreicherInnen werden zu „Opfern von Krieg und Gewalt“. Entkontextualisiert wird auf alliierte Bombenangriffe und Versorgungsprobleme hingewiesen, die Differenzen zwischen NS-Opfern, ZuschauerInnen und TäterInnen werden nivelliert. Der kollektive Opferstatus ist notwendige Bedingung für die „Erfolgsstory Zweite Republik“, die es zu vermitteln galt und gilt. Das Resultat dieser Erinnerungskultur: Bomben, Balkone und Gemüse – „auch wir mussten leiden“.

★



Durchdachte Einteilung des Grundstückes als Nutzgarten erleichtert die Bodenkultivierung und steigert die Freude an der Bearbeitung eigenen Erdreichs. Die Abbildung zeigt den mehrfach prämierten Mustergarten eines norddeutschen Amateurgärtners. A: Komposthaufen, B: Misthaufen, C: Kunstdüngerhaufen, D: Torfmullhaufen, E: Laube, F: Nutzfläche (mit Landwirt).

den Fehler machte, diese scharfe Trennung zwischen Innen und Außen auch nur in Ansätzen zu sabotieren (z.B. die Gartentür offen stehen zu lassen), zog den Zorn der Gemeinschaft auf sich. Der hegende grüne Daumen formierte sich, wenn auch nur gedanklich, zur drohenden Faust.

Auch das Verstoßen gegen gesellschaftliche Normen, in diesem Fall eben durch Untätigkeit, die nicht der Intention des Projektes entsprach, wurde als Angriff auf das Schrebergartenkollektiv verstanden. Weil trotzdem nicht alle erfahrungsgemäß der Norm entsprechen, gab es zusätzlich noch eine Autorität, die im Falle des Regelverstoßes,

te Erinnerungsprojekt praktisch zum Selbstläufer.

Beispielhaft für die ganze Inszenierung des „Gedankenjahres“ stand und steht im Zentrum von „25 Peaces“ die Konstruktion und permanente Reproduktion von Identität. Österreichische Identität nach 1945 entstand und entsteht aus dem Opfermythos, der seinerseits die Konformität entschuldigt. Identität besteht hier in der Konformität die wiederum selbst die Identität konstituiert.

Wie die ÖsterreicherInnen lernten, die Bomben zu lieben:

Galt bis Anfang der 1990er Jahre

1) Selbst diese im kollektiven Gedächtnis verhaftete Erzählung über Figl am Balkon des Belvedere ist ein Mythos im buchstäblichen Sinne, tat doch Figl diesen Ausspruch nach der Unterzeichnung des Staatsvertrags im Marmorsaal und nicht am Balkon, wo ihn sowieso niemand gehört hätte. Informationen zu allen anderen hier erwähnten und auch nicht angeführten Aktionen siehe [www.25peaces.at](http://www.25peaces.at)

2) Der Standard, 28.1.2005, S.10. Im Rahmen der Pressekonferenz, die am 27. Jänner 2005, zugleich sechzigster Jahrestag der Befreiung von Auschwitz, stattfand, wurde ohne jegliche Bezugnahme darauf das Projekt „25 Peaces“ vorgestellt.

3) <http://www.25peaces.at>

4) Zu diesem Zweck war nicht nur ein Schild angebracht, auf dem in vier Sprachen „Betreten verboten“ stand, sondern es wurden auch die Türen mit Schlössern versehen.

5) Selbst in Regierungskreisen, auch wenn Wolfgang Schüssel 2000 noch immer von Österreich als erstem Opfer spricht.



# Ortstafel, Ortstafel am Straßenrand, wer bricht die meisten Minderheitenrechte im ganzen Land?

Dass in Kärnten/Koroška die Uhren anders ticken würden, meinen viele aus den Ergebnissen diverser Wahlen ablesen zu können, bei denen die rechtspopulistische Partei FPÖ bislang stets so viele Stimmen für sich gewinnen konnte wie nirgends andernorts in Österreich.

Tatsächlich zeigt sich an den aktuellen Auswüchsen der so genannten „Ortstafelfrage“ seitens der Landesregierung erneut die minderheitenfeindliche Realität einer „Volksgemeinschaft“, die bezüglich ihres Deutschnationalismus, Anti-Slowenismus sowie ihrer Verfassungswidrigkeit mit keinem anderen Bundesland vergleichbar ist. Trotz der zunehmenden Proteste durch das vermeintlich „bessere“ Österreich verdeutlichen sich aber auch in der meist zivilgesellschaftlich verankerten Auseinandersetzung um die Ortstafeln nicht nur Schwachstellen, sondern vor allem den Rechtsstaat überaffirmierende Tendenzen.

## „Pro Kärnten / Za Koroško“

Mehrere zehntausend UnterstützerInnen haben sich in den letzten Wochen dazu entschlossen, auf der „Pro Kärnten / Za Koroško“ Homepage ihrer „Pflicht – nicht als Minderheit oder Mehrheit, sondern als Bürgerinnen und Bürger des österreichischen Staates und der Europäischen Union“<sup>1</sup> nachzukommen, um, in Form einer „Patenschaft für die zweisprachigen Ortstafeln in Kärnten/Koroška“, ihren Missmut über die Situation der Minderheit in Kärnten/Koroška zum Ausdruck zu bringen. Getragen wird die Reklamation von Minderheitenrechten neuerdings auch wieder von den Parteien links (?) der Mitte, welche ihre Einwände gegen Haider nicht zuletzt dazu instrumentalisieren, um bei einer linksliberalen Klientel zu punkten. Hatten sich die Grünen noch bei den letzten Kärntner Landtagswahlen aus Angst vor Verlusten von deutschnationalen Stimmen für einen Konsens in der Ortstafelangelegenheit ausgesprochen, scheint es ihnen strategisch nun plötzlich angebracht, gegen Haiders eigenhändige „Ortstafelverrückung“ Anzeige zu erstatten und eine Umfrage zu seiner Abwahl zu starten. Ähnlich widersprüchlich gibt sich seit Jahrzehnten auch die SPÖ, deren Bundesgeschäftsführer kürzlich davon sprach, dass

sie „ihren Widerstand gegen die Aufstellung zweisprachiger Ortstafeln aufgeben“ hätten, während andere bedeutende VertreterInnen der selben Partei sich zum Missfallen ihrer Kärntner Kameraden anmaßen, die Entwicklungen der Ortstafeldebatte zu kritisieren. Trotz der Unterschiedlichkeit ihrer Einwände meinen diese engagierten Menschen ein weiteres Mal in Form eines Appells an den Rechtsstaat einfordern zu müssen, was seit fast sechzig Jahren in den Bestimmungen des Artikels 7 des Staatsvertrages von 1955 festgeschrieben steht, aber verwehrt blieb: die Umsetzung der Minderheitenrechte in Form zweisprachiger Ortstafeln.

## Artikel 7 vs. Verfassungsgerichtshof

Dass dieser gut gemeinte Protest nicht nur verkürzte Kritik an der Minderheitenpolitik artikuliert, sondern am Wesen des Problems vorbei zielt, zeigt sich beispielsweise an der Tatsache, dass sich oben genannte UnterstützerInnen ebenso wie die vermeintlichen Oppositionsparteien Grüne und SPÖ in ihren Argumentationen stets auf die Erkenntnisse des Verfassungsgerichtshofs berufen, obwohl der Artikel 7 des Staatsvertrages keinerlei Schlüssel dafür vorgibt, wie hoch der Anteil der slowenischsprachigen Bevölkerung sein muss, damit zweisprachige Ortstafeln aufgestellt wer-

den. Die Tatsache, dass er sehr wohl die klare Bestimmung enthält, dass dies in den zweisprachigen Bezirken zu geschehen hat, bleibt demnach weitgehend ignoriert. Kaum verwunderlich, dass jene „guten ÖsterreicherInnen“ großteils auch den so genannten „Konsensgesprächen“ gegenüber wohlwollend gestimmt sind. Diese verlangten von slowenischen VertreterInnen zuletzt 2005 bei der vom Bundeskanzleramt einberufenen „Konsenskonferenz“ minderheitenfeindliche Organisationen wie den Kärntner Heimatdienst (KHD) oder den Kärntner Abwehrkämpferbund (KAB) als integrierte Verhandlungspartner zu akzeptieren. Dass KHD und KAB laut Absatz 5<sup>2</sup> des Artikels 7 nicht nur verfassungswidrige Organisationen sind und daher eigentlich verboten werden müssten, wird von den ProtestträgerInnen weder erwähnt noch eingefordert. Angesichts dieser Umstände des Konsenses bräuhete die Frage kaum gestellt werden, warum der Bundeskanzler zu den Vorgängen in Kärnten/Koroška schweigt.

## Deutschnationalismus, Anti-Slowenismus und Dreiparteienpakt

Der Anti-Slowenismus und der Deutschnationalismus, die sich im Umgang mit den nicht umgesetzten Rechten der slowenischen Minderheit widerspiegeln und auf welche sich die Konstruktion der Volksgemeinschaft stützt, bleiben in der Rezeption der Ortstafeldebatte und den Anfehlungen an den Rechtsstaat ausgespart. Ebenso verhält es sich mit der Tatsache, dass die in Kärnten/Koroška ohnehin gesellschaftlich verankerte und im Dreiparteienpakt<sup>3</sup> manifestierte Minderheitenfeindlichkeit auch die ideale Grundlage dafür bietet, den deutsch-kärntnerischen Geschichtsrevisionismus fortzusetzen.

## Appelle oder Kritik am Rechtsstaat?

So zeigt sich, dass die Forderungen nach Einhaltung von Recht und Ver-



fassungstreue weder vermögen, das Wesen der vorliegenden Missachtung der Rechte der slowenischen Minderheit zu fassen, noch, wie es sich in den letzten Jahrzehnten gezeigt hat, diese Rechte angemessen durchzusetzen. Alle bisherigen Bestrebungen zielten lediglich darauf ab, auf Kosten der Minderheit minimale Versprechungen zu verwirklichen und die konstitutionellen Rechte weiter zu beschneiden. Auch scheinen die Appelle an den Rechtsstaat schon anhand der Tatsache, dass weder eine Amtsenthebung Haiders durchgeführt noch angedacht wurde, sondern der Landeshauptmann vielmehr Rückendeckung der Justizministerin bekommt, fehl am Platz. Vielmehr sollte die Frage gestellt werden, ob, wenn es nicht

einmal möglich ist die Dokumentation „Artikel 7 – unser Recht / Člen 7 – naša Pravica“<sup>4</sup> im ORF auszustrahlen, nicht vielleicht in ganz Österreich die Uhren anders ticken und nicht ein Appell an den Rechtsstaat, sondern nur eine Kritik an dessen Funktion und Wesen zielführend wäre. ★

1) <http://www.prokaernten.at/>

2) Absatz 5 des Artikels 7 des österreichischen Staatsvertrags verbietet die Tätigkeit von Organisationen, die der kroatischen oder slowenischen Bevölkerung ihre Eigenschaften und ihre Rechte als Minderheit nehmen wollen.

3) Der 1976 im Kärntner Landtag beschlossene Dreiparteienpakt besagt, dass alle zu dem Zeitpunkt vertretenen Parteien in der Min-

derheitenfrage gemeinsam vorzugehen haben. Er wurde im Zusammenhang mit dem von den SprecherInnen der slowenischen Minderheit abgelehnten Volksgruppengesetz eingeführt „um zu verhindern, dass nur eine Partei aus dem Deutschnationalismus Gewinn zieht“ (Leben / Messner / Obid: Haiders Exerzierfeld. Kärntens SlowenInnen in der deutschen Volksgemeinschaft. Wien 2002, S. 12).

4) Eigentlich war die Ausstrahlung der Dokumentation „Artikel 7 – unser Recht/Člen 7 – naša Pravica“ von Thomas Korschil und Eva Simmler für Sonntag, 4. Dezember 2005 angesetzt. Kurzfristig wurde die Dokumentation „aus programmtechnischen Gründen“ abgesetzt. Stattdessen strahlte der ORF den Johannes-Mario-Simmel-Film „Mich wundert dass ich so fröhlich bin“ des kürzlich verstorbenen Regisseurs Michael Kehlmann aus.

## Freud wird 150!

Jubiläen sind eine merkwürdige Sache. Während das Gedenkjahr 2005 auf dem Balkon seinen merkwürdigsten Höhepunkt fand – auf jenem Balkon nämlich, der durch Österreich tourte und von dem aus man in gelebtem Patriotismus „Österreich ist frei“ verkünden durfte – ansonsten aber unspektakulärer als befürchtet vorbeizog, ist einigen vielleicht „auf theoretischer Ebene“ noch das Adorno-Jahr 2003 in Erinnerung:

Angesichts der Flutwelle an Publikationen fiel eines auf: Der Grad der inhaltlichen Auseinandersetzung schien sich umgekehrt proportional zur Anzahl der veröffentlichten Arbeiten zu verhalten. Somit drängte sich der Verdacht auf, die geneigte Leserschaft habe sich insgeheim darauf geeinigt, Adorno an seinem 100. Geburtstag nun doch endgültig zu begraben.

Das Jahr 2006 hingegen zeichnet sich aber vor allem durch eine unglaubliche Vielfalt umso einfältigerer Bezüge auf das Mozart-Jubiläum aus, wie etwa Waschmittelpackungen mit Bildchen, die „nur solange der Vorrat reicht“ Mozart abbilden – ein Zustand, der einem nichts anderes übrig lässt, als dem eine Veranstaltung zu Beethoven und Gesellschaftskritik (Ankündigung folgt in Kürze) entgegenzusetzen.

Aber 2006 ist nicht nur das Jahr der ohne Unterbrechung von überall her tönenden immergleichen Mozart-Takte, sondern auch das Jahr, in dem der Begründer der Psychoanalyse 150 Jahre

alt geworden wäre. In der Fixierung auf Objekte wird die Linie vom Balkon zur Couch fortgesetzt, die in einer Sonderausstellung im Sigmund-Freud-Museum zu bewundern ist. Damit man zu dieser



aber auch hinfindet, findet sich – um jeden touristischen Irrtum auszuschließen – an dem Haus in der Burggasse 19 ein Schild mit folgender Botschaft: „Dies ist nicht die Berggasse 19“.

Trotz der Merkwürdigkeit allerlei Jubilar-Phänomene veranstalten wir voraussichtlich im Herbst einen Kongress zur Psychoanalyse mit, um auf die Unverzichtbarkeit der Freudschen Erkenntnisse für eine Gesellschaftsanalyse heute hinzuweisen. Aufklärung bot Freud nämlich nicht nur über die Familie als Elementarform der Gesellschaft, sondern er stärkte zugleich das Individuum, das aus der Familie hervorgeht, gegenüber dieser Gesellschaft. Damit schuf er die Voraussetzung, die totale Zurichtung des Einzelnen für Staat und Kapital bis ins Innerste seelischer Vorgänge zu analysieren und dennoch an diesem Einzelnen als Individuum festzuhalten, das sich all dessen bewusst werden kann und soll. Daran hat jede Kritik sich zu messen, die ihrem, von Marx bis zur Kritischen Theorie geprägten Begriff gerecht wird und dem Zwang des repressiven Kollektivs die freie Assoziation der Individuen entgegensetzt.

In diesem Sinne: mit Freud gegen das Mozart-Jahr! ★

# Jenseits von Bond: Zu den Büchern Eric Amblers

Eric Ambler gilt als einer der Väter des politischen Thrillers. Aber auch wenn in seinen Romanen Agenten eine wichtige Rolle spielen, sind seine Bücher meilenweit von den simpel gestrickten Abenteuern eines James Bond entfernt. Anders als der britische Geheimagent, der gegen ominöse Superbösewichte kämpft, lässt Ambler seine Geschichten in realistischerem Ambiente spielen.

Dabei ist der Plot seiner Romane immer ähnlich strukturiert: Der Held, ein liberaler Bürger, unbedarft und im Zivilberuf Krimiautor, Unternehmer, Anwalt oder ähnliches, wird in die unbarmherzige und schwer durchschaubare Welt von Staaten und Banden verstrickt. Dort lernt er meist sehr schnell, dass Souveränität unweigerlich mit Gewalt verbunden ist. Amblers Helden sind keine Draufgänger und charmanten Profikiller à la 007, sie kommen ohne technische Gimmicks und libidinöse Beziehung zu einer Walther PPK aus, sondern versuchen durch intellektuelles Ausmanövrieren des Gegners ihre Haut zu retten, und trotzdem mehr zu tun als nur das, nämlich das, was sie für richtig halten. Greifen sie einmal zu Waffen, so nur weil ihnen keine andere Wahl gelassen wird und der Waffengebrauch die ultima ratio ist.

Was die Romane überdies lesenswert macht, ist die Kraft Amblers, historische Konstellationen in detailgetreuen und treffenden Bildern zu malen. Dabei versteht er es auch, anhand von Beispielen, die über das durchschnittliche Wissen geschichtsinteressierter Menschen hinausgehen, größere Zusammenhänge darzustellen.

So bilden der Zweite Weltkrieg und die Vorgeschichte des europäischen Faschismus und des Nationalsozialismus ein wichtiges Thema, das aus ungewohnten Perspektiven betrachtet wird. In der „Maske des Dimitrios“, 1939 geschrieben, skizziert er anhand der Jagd nach einem Kriminellen von der Türkei durch die Länder des Balkans bis nach Paris die politische Szenerie der Zwischenkriegszeit. Ambler bettet seine Charaktere immer in einen gesellschaftlichen Kontext ein und lässt eine seiner Figuren über den gesuchten Kriminellen sagen: „Jener besondere Typ von Verbrecher, wie er ihn verkörperte, kann nur unter besonderen Bedingungen gedeihen.“<sup>1</sup> Am Vor-

abend des Zweiten Weltkriegs schreibt er über diese Bedingungen, den Siegeszug des Faschismus in der bürgerlichen Gesellschaft resümierend: „Die Logik von Michaelangelos David, von Beethovens Streichquartetten und Einsteins Theorien war durch die Logik des Börsenhandbuchs und Hitlers Mein Kampf ersetzt worden.“<sup>2</sup>

Amblers politische Analysen treten auch in einem anderen Buch von anhaltender Aktualität hervor. In „Der Levantiner“, 1972 entstanden, erzählt er die Geschichte eines britischen Unternehmers im Syrien der sechziger Jahre, dessen Fabrik von palästinensischen Terroristen unterwandert wird, um sie zur Herstellung von Waffen für ein Attentat in Israel zu nutzen. Wieder finden sich neben einer spannenden Story über die Versuche des Unternehmers aus dieser Malaise herauszukommen, auch pointierte Einschätzungen der politischen Akteure. In einer Diskussion mit einem Landeskundigen fragt der Unternehmer nach den gemäßigten Kräften: „Gibt es überhaupt keine Gemäßigten? Was halten Sie von Jassir Arafat?“ und bekommt als Antwort: „Arafat ist kein Guerillakämpfer, er ist ein Politiker. Er ist dagegen, dass Palästinenser andere Palästinenser umbringen statt Israelis.“<sup>3</sup>

So gelingt Ambler das seltene Kunststück, eine fesselnde Agentengeschichte mit historischem Wissen, scharfen politischen Urteilen und intelligenter Erzählstruktur zu verbinden. ★

1) Ambler, Eric: Die Maske des Dimitrios, Zürich 1974, S. 347

2) Ebd., S. 289

3) Ders.: Der Levantiner, Zürich 1973, S. 17



Die Werke Amblers sind deutsch im Diogenes Verlag erschienen. Hier eine kleine Auswahl empfehlenswerter Titel:

- Der Levantiner
- Die Maske des Dimitrios
- Die Angst reist mit
- Nachruf auf einen Spion
- Das Intercom-Komplott

### Sie schreiben:

Den Hip Hopern waren Gender-Thematik und Ortstafelangelegenheit ein Anliegen.



### Ihr Rechtschreib-Programm meint:

Den Hip Hopern waren Genier-Thematik und Ortstafelangelegenheit ein Anliegen.



### www.korrektor.at meint:

Bei korrektor.at wird jeder Text einer sorgfältigen und umfassenden Prüfung unterzogen. Ihr Text wird im Hinblick auf formale Kriterien, d.h. Tippfehler, Flüchtigkeitsfehler, neue Rechtschreibung, Grammatik, Orthografie, Syntax, Form, Beistrich- und Zeichensetzung gelesen. Es wird zusätzlich auf Ausdruck, Stil, Verständlichkeit, Kohärenz, Plausibilität, Einhaltung der Problemstellung und geschlechtsneutrale Schreibweise geachtet.

korrektor.at



**Studienberatung**

Während des Semesters: Montag 16-19, Mittwoch 11-14 Uhr im KOZ, Zi. 221

Tel: 4277/47709, Mail: stv.powi@oeh.univie.ac.at

Infos auch unter: [www.univie.ac.at/politikwissenschaft/strv](http://www.univie.ac.at/politikwissenschaft/strv)

**Neu: Powi-Frühstück!!!**

**Jeden zweiten Mittwoch im Monat (immer in den geraden Kalenderwochen) findet von 11 bis 14 Uhr ein Powi-Frühstück mit Kaffee, Tee, Kuchen etc. im KOZ statt.**

**Die Termine für das Sommersemester sind:**

**8. und 22. März; 5. April; 3., 17. und 31. Mai; 14. und 28. Juni; Ihr findet die Termine auch auf unserer Homepage ([www.univie.ac.at/politikwissenschaft/strv](http://www.univie.ac.at/politikwissenschaft/strv)).**

**Schaut vorbei!**



Wien, 19.2.2006

### **Verärgerter offener Brief der Stv. Politikwissenschaft an die Institutsleitung und die Studienprogrammleitung Politikwissenschaft**

Dass die Zusammenarbeit zwischen Institutsleitung und Studienprogrammleitung nicht gerade als konstruktiv zu bezeichnen ist, ist der Studierendenvertretung zwar aufgefallen, bisher sahen wir uns aber zu keiner Einmischung veranlasst. Wenn der Konflikt beider Parteien aber auf dem Rücken der Studierenden ausgetragen wird, dann ist es an der Zeit für uns entschieden dagegen zu protestieren.

Dass Studierende kein Teil der Universität wären, hat Rektor Winckler schon vor längerer Zeit verlauten lassen, nun hat sich dem offensichtlich auch das Institut für Politikwissenschaft angeschlossen. Die Homepage des Instituts wird sukzessiv zur Repräsentationsbühne, während die für die Lehre und das heißt für Studierende wichtigen Bereiche, wie etwa das KoVo, der „Outsourcing“-Politik des IPW zum Opfer fallen.

Es kann doch den Studierenden nicht ernsthaft zugemutet werden, dass sich auf der Homepage des Institutes für Politikwissenschaft eine Woche vor Beginn der LV-Anmeldefrist keine Version des aktuellen kommentierten Vorlesungsverzeichnisses befindet und unter dem Link „KoVo“ nicht einmal ein Hinweis vorzufinden ist, wo das neue KoVo eingesehen werden kann. Was glauben Sie denn, wo die Studierenden nach dem KoVo suchen, nachdem es nun Jahre lang ausschließlich auf der Institutshomepage zugänglich war?

Ebenso kann es nicht Ihr Ernst sein, dass das KoVo dieses Semester ausschließlich auf der Univis-Seite zugänglich ist, für die man ein gültiges Login und ein Passwort benötigt, das nur Studierende erhalten, die bereits inskribiert sind.

Wenn jemand sich über die Inhalte des Powi-Studiums informieren möchte um dann erst ihre/seine Studienwahl zu treffen, bleibt dieser Person das KoVo vorenthalten. Studierende im In- und Ausland, die erwägen in Wien zu studieren, haben keinen Zugriff auf das KoVo. Studierende anderer Studienrichtungen, die freie Wahlfächer belegen möchten, müssen erst ein Suchspiel passieren und nicht einmal den Studierenden der Politikwissenschaft wird ordnungsgemäß kommuniziert, wo sie das KoVo nun finden können. Gewonnen hat, wer das „Wo ist das KoVo“-Versteckspiel erfolgreich absolviert. Wie wär's wenn wir all jenen, die das KoVo rechtzeitig finden ein Diplomprüfungszeugnis ausstellen, denn den Magistertitel haben sich diejenigen ja dann wirklich verdient.

Die Studierendenvertretung fordert die Studienprogrammleitung und die Institutsleitung nachdrücklich dazu auf, eine laufend aktualisierte Version des KoVos auf einer Homepage zur Verfügung zu stellen, die für jede Person ohne irgendwelcher Passwörter und Logins zugänglich ist und an den Stellen, an denen das KoVo von den Studierenden gesucht wird entsprechende Links und Hinweise anzubringen, damit es auch gefunden werden kann.

Der Institutsleitung und der Studienprogrammleitung wird außerdem nahe gelegt, das Klima der Zusammenarbeit zumindest soweit zu verbessern, dass dergleichen Dinge in Zukunft funktionieren mögen. Bis es soweit ist stellen wir aus Dringlichkeitsgründen das KoVo in einer provisorischen Fassung auf unsere Homepage, was jedoch sicherlich keine administrierbare dauerhafte Lösung ist.

Studienvertretung Politikwissenschaft

**Anmeldefrist und Nachanmeldung**

Die Anmeldefrist wird dieses Semester von 27.2. bis 3.3. stattfinden. Ab 6.3. wird es die Möglichkeit geben, sich für Restplätze noch zusätzlich anzumelden. Sollte während der Anmeldezeit festgestellt werden, dass es in einem Bereich Engpässe gibt (z.B. zu wenige Forschungspraktika oder Grundkurse...), gibt es die Möglichkeit, dass zusätzlich Lehrveranstaltungen angeboten werden. Die Anmeldung dafür erfolgt dann auch in der Nachanmeldephase ab 6.3.

**Goodbye Piswi**

In diesem Semester werden keine Lehrveranstaltungsanmeldungen mehr über das Piswi (ehemaliges Anmeldesystem der Staatswissenschaft) zu erledigen sein. Alle Lehrveranstaltungen sind im Anmeldesystem der Politikwissenschaft erfasst, wodurch das ganze Anmeldeprozedere zusätzlich vereinfacht und erleichtert werden soll. Nicht vergessen: Für die Anmeldung benötigt ihr ein Unet-Passwort (wer noch keines hat geht mit dem Studienblatt zum ZID im ersten Stock des NIG und lässt sich dort eines einrichten).

**Stella: Das Anmeldesystem hat einen Namen**

Das Anmeldesystem der Politikwissenschaft soll den Namen „Stella“ bekommen (Studentisches elektronisches Lehrveranstaltungsanmeldesystem; das zweite L wird dazugeschummelt, damit es schöner klingt).

**Wer wird StudienprogrammleiterIn?**

Mit dem kommenden Wintersemester beginnt eine neue Funktionsperiode der StudienprogrammleiterInnen (SPL). Auf der Powi hatte Johann Dvorák dieses Amt bisher inne und er wäre auch bereit die Funktion des SPL weiterhin auszuüben. Ob es noch andere BewerberInnen geben wird, ist uns derzeit noch nicht bekannt. Der/die SPL ist zuständig für viele studienrechtliche Angelegenheiten (Anerkennungen, Genehmigung des Diplomarbeitsthemas, Zulassung zum Doktoratsstudium, etc.), für die Planung des gesamten Lehrangebots der Politikwissenschaft und für alle Angelegenheiten, die mit dem Studium zusammenhängen (z.B. Anmeldesystem, freie Wahlfächer, ...). Vorgeschlagen wird der/die SPL vom Dekan nach Anhörung der Studienkonferenz und der Fakultätskonferenz. Bestellt wird diese(r) dann vom Rektor nach Anhörung des

**Unfaire Beurteilungsmethoden**

In manchen Grundkursen wurden vergangenes Semester unvorangekündigte Zwischentests abgehalten, für die man, wenn man in der Stunde zufällig fehlte, negativ beurteilt wurde (eine Wiederholungsmöglichkeit gab es nicht). Auf Initiative der Studienvertretung wurden die verantwortlichen LehrveranstaltungsleiterInnen aufgefordert, ihre Beurteilungsmethoden den studienrechtlichen Bestimmungen anzupassen. Eine aufgrund von Abwesenheit nicht erbrachte Leistung darf nämlich nicht negativ beurteilt werden (immerhin darf man ja 2x im Semester unentschuldig fehlen). Wenn du den Eindruck hast, dass ein(e) LV-LeiterIn unfaire oder unrechtmäßige Beurteilungsmethoden anwendet, wende dich bitte an die Studienvertretung.

**5er im Sammelzeugnis?**

Im Sammelzeugnis, das dir zugeschickt wird, scheinen auch die negativen Noten von Prüfungen auf, die du bei einer Wiederholung bereits positiv absolviert hast. Du kannst dir aber am Prüfungsreferat (Hauptuni, Hof vor dem Audimax, gleich rechts) einen Zeugnisausdruck abholen, auf dem diese 5er nicht aufscheinen.

**Wahlen zum Senat**

Der Senat, eines der drei obersten Gremien der Universität, zuständig insbesondere für alle studienrechtlichen Angelegenheiten und die Studienplanung der ganzen Uni, wird neu besetzt. Im März und April finden die Wahlen der Angehörigen des Mittelbaus und der ProfessorInnen statt. Von der Powi kandidieren Sieglinde Rosenberger und Eva Kreisky auf zwei Listen für die ProfessorInnenkurie. Die StudierendenvertreterInnen werden nicht neu gewählt, da ihre Funktionsperiode mit jener der ÖH zusammenfällt und sie uns daher noch bis zu den nächsten ÖH-Wahlen erhalten bleiben.

**Kovo**

Das Kommentierte Vorlesungsverzeichnis findet ihr dieses Semester nicht mehr wie bisher auf der Homepage des Institutes sondern für alle zugänglich auf unserer Homepage, sowie im Unet-System, wo auch die LV-Anmeldungen stattfinden, da jedoch nur mit Paßwort.

**Auf der Homepage alles neu**

Das Institut bekommt eine neue Homepage. Damit auch alle Informationen zum Studium in Zukunft übersichtlich und strukturiert zur Verfügung stehen, wird auch an der Entwicklung einer eigenen Homepage für Studienangelegenheiten gearbeitet.

**Zwei neue Profs für die Powi**

Zwei Berufungsverfahren für Professuren der Politikwissenschaft sind derzeit am Laufen. Eine Professur für Internationale Politik ist zu besetzen (Kramer-Nachfolge) sowie eine Professur für Methodenlehre.

**Das Berufungsverfahren kurz geschildert**

Berufungskommissionen, die aus VertreterInnen der Studierenden, Mittelbauangehörigen und ProfessorInnen bestehen, haben die Aufgabe aus allen BewerberInnen um eine Professur die bestqualifizierten und bestgeeigneten für den Job zu finden und einen Dreierorschlag zu erstellen. Einige WissenschaftlerInnen aus dem In- und Ausland werden als GutachterInnen beauftragt. Die Liste mit dem Dreierorschlag wird dann dem Rektor übermittelt, der in der Regel mit der erstgereihten Person Verhandlungen aufnimmt, die in einer Anstellung jener Person als ProfessorIn münden sollten.

Dies ist der Sammelband zum gleichnamigen Symposium, welches am 12. und 13.11.2004 mit Unterstützung der StV Powi stattfand:

Stephan Grigat (Hg.):  
**FEINDAUFLÄRUNG UND REEDUCATION**  
 Kritische Theorie gegen Postnazismus und Islamismus  
 290 Seiten, 14,- Euro  
 ISBN: 3-924 627-93-2  
 ca ira-Verlag, Freiburg 2006, www.ca-ira.net

**INHALT**

Stephan Grigat: Kritische Theorie gegen Burschenschaftler, Islamisten, antizionistische Antifaschisten und althusserianische Antirassisten

Johann Dvorák: Adorno als Ruhestörer  
 Anmerkungen zur Wirkung seiner kulturkritischen Texte in Österreich

Clemens Nachtmann: Freiheitsbewegung und autoritärer Staat  
 Die Rezeption der Kritischen Theorie in der deutschen Studentenbewegung

Stephan Grigat: Die Realität des Scheins  
 Zu Adornos Kritik des Fetischismus

Ljiljana Radonic: Psychopathologie der Normalität  
 Die Bedeutung der Psychoanalyse für die Kritische Theorie

Gerhard Scheit: Dialektik und Erfahrung  
 Jean Améry, Theodor W. Adorno und der kategorische Imperativ nach Auschwitz

Stephan Grigat: Befreite Gesellschaft und Israel  
 Zum Verhältnis von Kritischer Theorie und Zionismus

Florian Markl: Beschädigtes Leben und Judenhaß  
 Kritik des Antisemitismus als Gesellschaftskritik



(Werbung)

## **Ideologie- und Religionskritik**

### **Veranstaltungsreihe der Studienvertretung Politikwissenschaft**

**Donnerstags, 20 Uhr (pünktl.), HS III, NIG, Universitätsstr. 7**

### **16.3. Religions- und Ideologiekritik – Eine Einführung**

#### **Stephan Grigat**

Karl Marx schrieb 1843: „Die Aufhebung der Religion als des illusorischen Glücks des Volkes ist die Forderung seines wirklichen Glücks. Die Forderung, die Illusionen über einen Zustand aufzugeben, ist die Forderung, einen Zustand aufzugeben, der der Illusionen bedarf. Die Kritik der Religion ist also im Keim die Kritik des Jammertales, dessen Heiligenschein die Religion ist.“ In dem Vortrag soll erläutert werden, inwiefern Religions- und Gesellschaftskritik zusammenhängen, wie sich die Ideologiekritik als Kritik religiöser Vorstellungen entwickelt hat, und warum, wie Marx wusste, die „Kritik der Religion die Voraussetzung aller Kritik“ ist.

Ausgehend von der Unterscheidung zwischen politischer und allgemeiner Emanzipation soll vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse daran erinnert werden, dass die Verteidigung der bürgerlichen Freiheiten von Leuten wie Ayaan Hirsi Ali, die den Propheten einen perversen Tyrannen nennt, von Hip-Hoppern, die Jesus als „Bastard“ titulieren und von israelischen Poplinken, die verkünden, dass der Messias nicht kommen wird, die Voraussetzung jeglicher Bemühung um eine befreite Gesellschaft ist. Zugleich ist zu fragen, warum die beiden Letztgenannten mit Kritik und Empörung leben müssen, Ayaan Hirsi Ali aber mit Mordaufrufen konfrontiert ist.

Dies ist der Sammelband zum gleichnamigen Symposium, welches am 4. und 5.2.2005 mit Unterstützung der StV Powi stattfand:

Stephan Grigat / Johannes Grenzfurthner / Günther Friesinger (Hg.):

#### **SPEKTAKEL – KUNST – GESELLSCHAFT**

Guy Debord und die Situationistische Internationale

ca. 240 Seiten, 14 Euro

ISBN : 3-935843-61-5

[www.verbrecherverlag.de](http://www.verbrecherverlag.de)

#### **INHALT**

Biene Baumeister Zwi Negator: „Situationistische Revolutionstheorie“.  
Communistische Aktualität und linke Verblendung

Stephan Grigat: Fetischismus und Widerstand  
Guy Debords Rezeption der Kritik der politischen Ökonomie und die Schwierigkeiten der Gesellschaftskritik nach Auschwitz

Biene Baumeister Zwi Negator: Proletarität – Kunst – Sprache  
Situationistische Rekonstruktion und Aufhebung

Bernd Beier: Über das Unbehagen an der Kulturindustrie  
Das Elend des studentischen Milieus und die Bewegung der französischen Kulturprekären

Eiko Grimberg: Wegschaffen und verwirklichen:  
Was die SI mit der Kunst wollte

Thomas Ballhausen: Latenz und Aktualität.  
Marginalien zu Guy Debord als literarischem Medienarbeiter

Alexander Emanuely: „Man reiche mir einen anderen Kosmos, oder ich krepriere.“  
Über Einstein, Surrealismus, Schreie und Cravan



## **Ideologie- und Religionskritik**

### **Veranstaltungsreihe der Studienvertretung Politikwissenschaft**

#### **Donnerstags, 20 Uhr (pünktl.), HS III, NIG, Universitätsstr. 7**

### **27.4. Religion als „universelle Zwangsneurose“**

#### **Über Vergeistigung im Judentum und Regression im Christentum**

##### **Gerhard Scheit**

Nach Sigmund Freud wäre „die Neurose als eine individuelle Religiosität, die Religion als eine universelle Zwangsneurose“ aufzufassen. Beide entspringen unerhellten Schuldgefühlen. Religion und Neurose sind damit aber keineswegs gleichgesetzt. So ist das Verhältnis der Religionen zueinander ein wesentlich anderes als das der Neurosen beim Individuum. In der Unterscheidung der Religionen geht nun Freud vom Judentum aus: dessen abstrakte Gottesidee ließ „das Volk Israel alle Schicksalsschläge überstehen“; sie verschmäht „Opfer und Zeremoniell“ und fordert stattdessen ein Leben „auf der Grundlage der Gesetze und der heiligen Texte“. Das Christentum erscheint demgegenüber als „eine kulturelle Regression“: es „hielt die Höhe der Vergeistigung nicht ein“, übernahm magische Elemente und stellte die Muttergottheit wieder her. Im Zentrum steht das vergöttlichte, von Jesus verkörperte Selbstopfer, das schließlich auch ein bestimmtes Verhältnis der Individuen zum Staat anbahnt: in der Identifikation mit dem Gekreuzigten entwickelt das Subjekt ganz von sich aus und fallweise ohne Rücksicht auf die Gesetze jene unbedingte Opferbereitschaft, die der Souverän im Ausnahmezustand einfordert. Soweit das Judentum die falsche Versöhnung verweigert, die Christentum und Islam missionarisch im Selbstopfer als Erlösung und Eingang ins Paradies verbreiten, hält es zugleich die Möglichkeit grundlegender Veränderung der Gesellschaft offen. Darin erkennen dann Adorno und Horkheimer den Unterschied dieser Religion zu den anderen: „Hoffnung knüpft sie einzig ans Verbot, das Falsche als Gott anzurufen, das Endliche als das Unendliche, die Lüge als Wahrheit.“

### **18.5. „Die Knechtschaft aus Überzeugung“**

#### **Über die protestantische Modernisierung des Katholizismus**

##### **Florian Ruttner**

Religionskritik heute steht vor dem Problem, dass sie meist mit einer „Religion aus zweiter Hand“ konfrontiert wird, die sich mit Äußerungen wie der, dass es doch schön sei, an irgend etwas zu glauben, um eine Auseinandersetzung mit den Inhalten und Widersprüchen der einzelnen Glaubensrichtungen herumdrückt. Sonst könnte es ja jemanden auffallen: Wenn der Papst begeisterten jungen Menschen in Köln erklärt, dass das größte Geheimnis des katholischen Glaubens in der Wandlung der Hostie läge, so verweist er unfreiwilligerweise auf die Elemente magischen Denkens im Katholizismus, die diesem innewohnen, auch wenn er einen partiellen Fortschritt gegenüber einem Polytheismus darstellt. Demgegenüber erscheint der Protestantismus als liberalere und aufgeklärtere Variante des christlichen Glaubens. Es soll gezeigt werden, dass und wie das magische Denken von Luther nicht abgeschafft, sondern modernisiert und rationalisiert wird, wie äußere Autorität internalisiert wird und wie diesem Denken Luthers Hexenwahn und Antisemitismus entspringen.

### **8.6. Der Islam als politische Religion – Unterwerfung als Programm?**

##### **Florian Markl**

Ebenso wie es im Katholizismus verschiedene Strömungen oder Orden gibt, die sich auf einen Kern gemeinsamer dogmatischer Behauptungen stützen, existiert auch im Islam die Differenz nur vor dem Hintergrund der Gemeinsamkeit. Sobald jedoch wieder einmal unter Berufung auf den Propheten und seine Lehre Geiseln geköpft, Botschaften angezündet oder Menschen in die Luft gesprengt werden, stehen die Apologeten der „Religion des Friedens“ bereit: Derartige Grausamkeiten hätten nichts mit dem Islam zu tun, und überhaupt gäbe es ja so viele verschiedene Strömungen, dass von „dem“ Islam keine Rede sein könne.

Von Seiten so genannter „Islam-ExpertInnen“ wird immer wieder der Einwand formuliert, der militante Djihadismus der heutigen Zeit sei nicht mit der islamischen Tradition in Einklang zu bringen. Über Jahrhunderte hinweg sei die islamische Welt die bei weitem fortschrittlichste Zivilisation gewesen. So richtig der Verweis auf die „modernen“ Strömungen des Islam historisch auch ist, so notwendig ist es jedoch festzustellen, dass sich gegen diese mit konsequenter Brutalität immer die rückschrittlichsten Bewegungen durchgesetzt haben.

Es wäre aber falsch, den Siegeszug des islamischen Fundamentalismus als Prozess der Re-Islamisierung zu bezeichnen, da dies unterstellt, der Islam habe zwischenzeitlich einmal an Bedeutung verloren. Doch die Islamisten, allen voran die Muslimbruderschaft, mussten keine neue Tradition erfinden, sondern konnten erfolgreich an ohnehin vorhandene Traditionen anknüpfen und diese für ihre von Märtyrerkult, Gewalt und Antisemitismus geprägte „Re-Politisierung des Sakralen“ benutzen. Bei genauerer Betrachtung bleibt also nicht viel übrig, das den Anspruch einer „Religion des Friedens“ begründen könnte.